

UNIVERSITÄTSTAGE 1966

VERÖFFENTLICHUNG
DER FREIEN UNIVERSITÄT BERLIN

NATIONALSOZIALISMUS UND DIE DEUTSCHE UNIVERSITÄT



WALTER DE GRUYTER & CO. / BERLIN
VORMALS G. J. GÖSCHEN'SCHE VERLAGSHANDLUNG · J. GUTTENTAG, VERLAGS-
BUCHHANDLUNG · GEORG REIMER · KARL J. TRÜBNER · VEIT & COMP.

1966

Verantwortliche Schriftleitung: Der Beauftragte des Rektors und Senats
der Freien Universität Berlin für das studentische Gemeinschaftsleben,
1 Berlin 33, Thielallee 75

Archiv-Nr. 3601661



1966 by Walter de Gruyter & Co. vormals G. J. Göschen'sche Verlagshandlung
Guttenberg, Verlagsbuchhandlung · Georg Reimer · Karl J. Trübner · Veit & Comp.
Berlin 30, Genthiner Straße 13
Printed in Germany

Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, vorbehalten.
Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages ist es auch nicht gestattet, dieses Buch oder Teile
daraus auf photomechanischem Wege (Photokopie, Mikrokopie, Xerokopie) zu vervielfältigen.
Satz und Druck: Paul Funk, Berlin 30

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| Eröffnung der Universitätstage 1966 durch S. Magnifizienz, den Rektor der Freien Universität Berlin, Prof. LIEBER | 5 |
| HANS HERZFELD (Prof. Dr. phil., Dr. rer. pol. h.c., Neuere Geschichte, Freie Universität Berlin): Der Nationalstaat und die deutsche Universität | 8 |
| KURT SONTHEIMER (Prof. Dr. phil., Wissenschaft von der Politik, Freie Universität Berlin): Die Haltung der deutschen Universitäten zur Weimarer Republik .. | 24 |
| GEORG KOTOWSKI (Prof. Dr. phil., Wissenschaft von der Politik, Freie Universität Berlin): Nationalsozialistische Wissenschaftspolitik | 209 |
| Der Beitrag mußte aus drucktechnischen Gründen an das Ende des Bandes gesetzt werden. | |
| WERNER PHILIPP (Prof. Dr. phil., Osteuropäische Geschichte, Freie Universität Berlin): Nationalsozialismus und Ostwissenschaften | 43 |
| WALTER VON BAEYER (Prof. Dr. med., Psychiatrie und Neurologie, Universität Heidelberg): Die Bestätigung der NS-Ideologie in der Medizin unter besonderer Berücksichtigung der Euthanasie | 63 |
| EBERHARD LÄMMERT (Prof. Dr. phil., Deutsche Philologie und Allgemeine Literaturwissenschaft, Freie Universität Berlin): Germanistik — eine deutsche Wissenschaft | 76 |
| HANS-JOACHIM LIEBER (Prof. Dr. phil., Philosophie und Soziologie, Freie Universität Berlin): Die deutsche Lebensphilosophie und ihre Folgen | 92 |
| HELMUT HEIBER (Dr. phil., Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte München): Liberale und nationale Geschichtsschreibung | 109 |
| KARL DIETRICH BRACHER (Prof. Dr. phil., Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte, Universität Bonn): Die Gleichschaltung der deutschen Universität | 126 |
| HELGE PROSS (Prof. Dr. phil., Soziologie, Justus Liebig-Universität Gießen): Die geistige Enthauptung Deutschlands: Verluste durch Emigration | 143 |

| | |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| LOTHAR KRAPPMANN (stud. phil., 1962—1964 Vorsitzender des Verbandes Deutscher Studentenschaften, Bonn): | |
| Die Studentenschaft in der Auseinandersetzung um die Universität im Dritten Reich | 156 |
| LUDWIG RAISER (Prof. Dr. jur., Bürgerliches-, Handels- und Wirtschafts-Recht, Universität Tübingen, 1951—1955 Präsident der deutschen Forschungsgemeinschaft in Bad Godesberg, 1961—1965 Vorsitzender des Wissenschaftsrates): | |
| Wiedereröffnung der Hochschulen — Ansätze zum Neubeginn | 174 |
| WOLFGANG ABENDROTH (Prof. Dr. jur., Wissenschaftliche Politik, Universität Marburg): | |
| Das Unpolitische als Wesensmerkmal der deutschen Universität | 189 |

Der Schriftleitung ist es nicht möglich gewesen, das Manuskript für den Beitrag von

Hans Schlömer (cand. phil., zurzeit Mitarbeiter beim Bischöflichen Offizialat für Oldenburg in Vechta. Von März 1960 bis November 1961 wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Institut für Hochschulkunde und Studentengeschichte bei der Universität Würzburg, dort beauftragt mit der Ordnung des Archivs der ehemaligen Reichsstudentenführung.):

Die Entwicklung der deutschen Studentenschaft bis zu ihrem Aufgehen im NS-Studentenbund

zu erhalten. Sie hat sich daher entschließen müssen, die Broschüre ohne diesen Beitrag herauszubringen.

Eröffnung der Universitätstage 1966

Es gehört nun schon zur Tradition unserer, ihrem Lebensalter nach noch jungen Universität, in jedem Jahre einmal im Verlauf einiger Tage den Alltag von Lehre und Forschung zu durchbrechen und verschiedene wissenschaftliche Disziplinen in der Behandlung und Analyse eines sie verbindenden und ihnen gemeinsamen Themas zusammenzuführen. Die alljährlich stattfindenden Universitätstage waren und sind der Versuch, die Universität als eine im Medium wissenschaftlicher Analyse vermittelte Einheit in der Differenzierung zur Darstellung zu bringen, mag immer ein solcher Versuch jeweils nur mehr oder weniger befriedigend gelingen können.

Auch die diesjährigen Universitätstage sind ein solcher Versuch, und dennoch heben sie sich infolge ihrer Thematik auf eine besondere Weise von unseren bisherigen Universitätstagen ab. Wenn es sich nämlich darum handelt, das Verhältnis der deutschen Universität zum Nationalsozialismus grundsätzlich zu reflektieren, dann wird sich in solcher Reflexion die deutsche Universität selbst zum Gegenstand und zwar gerade was das sie kennzeichnende Spannungsverhältnis von Einheit und Differenz angeht.

Das Vorhaben dieser Universitätstage würde — wenn ich recht sehe — seinen Sinn verlieren oder es würde doch um seinen möglichen Sinn gebracht sein, wollte es sich im wesentlichen darin erschöpfen, in moralisierender Manier jüngere deutsche Universitätsgeschichte, sowie die daran vorab und repräsentativ beteiligten Disziplinen und Personen unter dem Aspekt von Schuld und Unschuld abzuhandeln und etikettierend zu ordnen. Ein solches Vorgehen hat sicher seinen legitimen Platz im Rahmen der hier anstehenden Thematik. Jedoch zum ausschließlichen methodischen Prinzip erhoben, birgt es die Gefahr in sich, den Moralisierenden selber von den Zusammenhängen vorschnell zu entlasten, über die er urteilt; birgt es die Gefahr in sich, das falsche Bewußtsein einer neutralen Distanz zu erzeugen bzw. zu verfestigen, das in der Attitüde des Unbeteiligtseins, des Nicht-mehr-betroffen-Seins die Ereignisse nur mehr als abgeschlossenes Geschehen vor sich hat und die angestrebte kritische Selbstreflexion um ihren möglichen und praktischen Effekt bringt.

Soll dies nicht Motiv und Ergebnis des Bemühens dieser Universitätstage sein, so werden sie ihrer Aufgabe nur gerecht werden können,

wenn sie der kritischen Selbstreflexion über einen geschichtlichen Funktionszusammenhang zwischen deutscher Universität, deutscher Gesellschaft und deutschem Staat dienen; einem Funktionszusammenhang, dessen Resultat ja mit der politisch-totalitären Gleichschaltung der deutschen Gesellschaft und ihrer katastrophalen Konsequenz nicht zuletzt auch die deutsche Universität in einem sehr unmittelbaren Sinne traf und zwar gerade in jenem humanitär-gesellschaftlichen Anspruch ihrer Erziehungs- und Bildungsideen, der seit Humboldt ihr Selbstbewußtsein prägte. Ist deshalb zur Bewältigung der uns in der Thematik dieser Tage gestellten Aufgabe auf historische Zusammenhänge nicht zuletzt auch unter dem Aspekt zurückzugreifen, welchen Anteil die deutsche Universität, ihre Idee, ihre gesellschaftliche Organisation, ihr politisches Verständnis, ihre Verzahnung mit politischen Kräften, ihre Studentenschaft an diesen Zusammenhängen hat, so gilt solche Fragestellung vor allem der Universität als ganzer, als einer im Kräftefeld von Gesellschaft und politischer Ordnung wirkenden Institution, die solche Wirkung auch dann übt und gehabt hat, wenn sie in ihrem eigenen Selbstverständnis keinen rechten Platz findet.

Das Thema dieser Tage ist jedoch nicht zureichend zu behandeln, wenn nicht über den soeben erwähnten Aspekt hinaus bedacht und analysiert würde, wie sehr eine gesellschaftspolitische Wirksamkeit der deutschen Universität gerade auch von einzelnen spezifischen Disziplinen und ihrer konkreten Arbeit ausging. Wenn sich einerseits diese Arbeit als wissenschaftliche verstand und zugleich doch andererseits eine innere Beziehung zwischen dieser Arbeit und einem Herrschaftssystem aufgewiesen werden kann, das schließlich mit aller Radikalität Wissenschaft nur noch als Dienerin der Politik gelten ließ, dann stellt sich anlässlich der kritischen Analyse der Entwicklung einzelner Universitätsdisziplinen sehr eindringlich die generelle Frage nach dem Verhältnis deutscher Wissenschaftsauffassung und -praxis zum Nationalsozialismus und das Gesamtthema gewinnt einen neuen, nicht weniger wichtigen Aspekt. Auch diese Zusammenhänge nämlich müssen im breiten historischen Rückgriff für die einzelnen hier ausgewählten Disziplinen erörtert werden, wenn nicht vorschnell und unzulässig die rein instrumental gemeinte These von der politischen Vergewaltigung deutscher Wissenschaft durch den Nationalsozialismus Raum gewinnen und Beruhigung schaffen soll. Erst wenn in solcher Weise konkrete wissenschaftliche Arbeit und deren Resultate, wie sie im differenzierten Lehr- und Forschungsbetrieb der Universität in den einzelnen Fachdisziplinen geleistet und erbracht werden, einer historisch orientierten Analyse unterzogen wird, und wenn dabei zugleich nicht nur nach dem Anteil dieser Arbeit an nationalsozialistischer Weltanschauung und Herrschaft gefragt wird, sondern auch nach ihrer Disponiertheit für

eine popularisierende Umsetzung und für eine Radikalisierung des öffentlichen Bewußtseins in Deutschland, erst dann kann das Thema dieser Tage den sozial-aufklärerischen Effekt haben, den wir uns von ihm erwarten.

Die Gestaltung des Programms dieser Tage sucht solchen Überlegungen Rechnung zu tragen, wobei es zugleich in den beiden Abschlußvorträgen Erörterungen darüber mit einbezieht, in welcher Weise sich die deutsche Universität nach dem zweiten Weltkrieg neu konstituiert und ob und wie sie dabei die Erfahrung ihrer historischen Verstrickung in einen Prozeß, der den Nationalsozialismus möglich machte, zur Geltung zu bringen wußte.

Mag immer das Programm unvollständig sein, mag es Lücken enthalten und daher nur als ein erster Versuch zur Bewältigung des Themas gelten dürfen, ich danke allen Professoren und Studenten unserer Universität, die an der Planung dieser Tage und ihres Programms mitgearbeitet haben. Ich danke besonders herzlich Herrn Kollegen Herzfeld und seiner Mitarbeiterin Frau Dr. Behrendt für die Mühe, die sie auf Organisation und Durchführung dieser Tage verwandt haben. Und ich danke schließlich und nicht zuletzt allen Damen und Herren aus Berlin und der Bundesrepublik, die meiner Bitte, während dieser Tage einen Vortrag zu übernehmen, so bereitwillig Folge geleistet haben.

Ich eröffne die Universitätstage der Freien Universität Berlin 1966 zu dem Thema: Nationalsozialismus und die deutsche Universität und darf Herrn Prof. Herzfeld bitten, den ersten Vortrag zu halten.

Der Nationalstaat und die deutsche Universität

Von Hans Herzfeld

In der Reihe der Vorträge über den „Nationalsozialismus und die deutsche Universität“ ist dieser Betrachtung die Aufgabe zugefallen, eine historische Vorbilanz zu versuchen, inwieweit die im Januar 1933 einsetzende, die deutsche Universität schwer belastende Kapitulation vor der Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur mit dem Erbe der deutschen Universitätsgeschichte zusammenhängt oder gar auf es zurückzuführen ist. Hans Rothfels hat in seinem Tübinger Vortrag von 1964 zwei entscheidende Seiten des Problems in knapper Schärfe umrissen: Wenn er ausspricht, daß der Nationalsozialismus in einem gewissen Sinne — trotz aller Züge, in denen er spezifisch eine Revolution des 20. Jahrhunderts ist — „entartete Nachfrucht des 19. Jahrhunderts“ gewesen sei, so ist damit die Feststellung gegeben, daß die von der jüngeren Generation immer wieder gestellte Frage nach der Vorgeschichte einen unentbehrlichen Teil der Antwort auf unsere Problemstellung bedeutet, wie die Ereignisse seit dem Januar 1933 in einer der großen Kulturnationen der europäischen Welt „überhaupt möglich“ gewesen seien. Und wenn er den Finger auf die „tief beschämende Gleichschaltung“ legt, die sich schon im ersten Augenblick der Machtergreifung vollzog, und auf die ihr folgende Kette der „Schnellbekehrungen“ hinweist, so wird deutlich, daß das Schicksal der deutschen Universität bis 1945 mit ihrer Vorgeschichte verknüpft, entscheidend schon mit dem Beginn der nationalen Katastrophe einsetzte, in der die Diktatur Adolf Hitlers und seiner Partei 1945 endete. Wenn Universität und Wissenschaft im Rahmen einer Universität die heute nicht mehr bestrittenen Bindungen und Verantwortlichkeiten, die sie auch in politischem Ganzen des staatlichen Lebens tragen, nicht einfach verleugnen wollen, können sie sich einer Auseinandersetzung nicht entziehen, nachdem wir erlebt haben, daß nach einem wieder von Hans Rothfels zitierten Bismarckwort: „Die geschichtliche Logik noch genauer ist als unsere Oberrechnungskammer.“ In der Reihe dieser Vorträge soll versucht werden, auch wenn Vollständigkeit unmöglich ist, die Offenheit der Aussprache dadurch zu sichern, daß die heute bezeichnenden Richtungen der Diskussion, aber auch die Generationen, zwischen denen die Ungelöstheit des Problems so weitgehend zur dauern-

den Ursache von Streitgesprächen geworden ist, nach Möglichkeit gleichmäßig und ohne Vorbehalt zu Wort kommen. Das ist doppelt erforderlich, weil der Komplex der Beziehungen von Nationalsozialismus und Universität einen so weitgehenden Bereich vor allem auch der Wissenschaftsgeschichte umfaßt, daß nur wenige Einzelkapitel bisher eine auch nur annähernd befriedigende Bearbeitung erfahren haben. Sachkenner dieser Art, auch und gerade der mittleren und jüngeren Generation, sind daher, soweit sie uns erreichbar waren, zur Teilnahme herangezogen worden. Die Grenzen dieses Bemühens sollten aber nicht unterschätzt werden. Im Münchener Institut für Zeitgeschichte ist schon vor Jahren der Wunsch und das Bedürfnis erörtert worden, mit einer Gesamtbearbeitung der deutschen Universitätsgeschichte von 1933—1945 zu beginnen, solange die mitlebende Generation selbst noch in führenden und in ihrer persönlichen Haltung unbestrittenen Vertretern zur Verfügung steht. Der Appell, der sich damals an den greisen Theodor Litt richtete, wurde von ihm jedoch mit der zwingenden Begründung abgelehnt, daß ihm an der Schwelle eines inzwischen denn auch vollendeten, reichen Lebens die Konflikte einer solchen Aufgabe bei begrenzter Kraft nicht mehr zugemutet werden könnten und daß der Umfang einer solchen Aufgabe auch sachlich die Möglichkeiten des Einzelnen überschreite. Das Institut sah sich daher gezwungen, die Behandlung des Komplexes mit Einzelthemen zu beginnen, von denen ein erstes — sein Bearbeiter Helmut Heiber befindet sich unter unseren Rednern — inzwischen zum Abschluß gelangt und im Druck begriffen ist.

Auch dieser Vortrag kann daher nur einen Abriß seiner ganzen Fragestellung behandeln: Es ist der Vortrag eines Historikers und bewegt sich auf dem historischen Arbeitsfeld, für das der Redner durch die Arbeit seines Berufslebens auf die sachlichen Anforderungen des Themas am ehesten vorbereitet ist. Das bedeutet aber auch, daß sein Bemühen mit der grundlegenden Aufgabe des Historikers beginnen muß, mit der ihm zur Verfügung stehenden Methodik und Denkweise zunächst festzustellen, was gewesen ist — auch wenn seine Antwort dadurch das Gepräge einer Mehrschichtigkeit erhält, die der verbreiteten Forderung nach Eindeutigkeit in der Antwort auf die Fragen von Schuld und Verantwortung nicht entsprechen sollte. Der Historiker kann der Forderung, die Vergangenheit erst einmal zu verstehen, ehe sie dargestellt und — beurteilt wird, nicht ausweichen, ohne gegen das wissenschaftlich grundlegende Ethos seines Berufes zu verstoßen. Die bewußt „parteiische Geschichte“ des Dogmas und der Dogmatiker ist ihm nicht gestattet. Allerdings muß hinzugefügt werden, daß nach dem Ergebnis einer seit der Jahrhundertwende jetzt schon zwei Generationen umfassenden Diskussion, dies Verstehen keineswegs mit dem Alles-Verzeihen des der Historie so oft vorgeworfenen Relativismus iden-

tisch ist. Ausgangspunkt ist vielmehr die untrennbare Verbindung zwischen dem nicht zu verschleiern den Standort seiner Fragestellung und dem Ergebnis jeder Formung des historischen Stoffes zu einem sinnvollen Zusammenhang, damit aber unlöslich verbunden auch dem Werturteil des Historikers, der Anerkennung einer verbindlichen ethischen Grundhaltung. Gleiche Bedeutung besitzt die Offenheit für die heute ein so entscheidendes Gewicht besitzende Auseinandersetzung des an den Rang des Individuellen und der Individualität festhaltenden Historikers mit der Arbeit und Leistung von ganz oder stärker als er auf die Fragestellung nach dem Typus und der allgemeinen Gesetzmäßigkeit, vor allem auch auf die Gegenwart ausgerichteten Wissenschaften, von denen wenigstens die Wissenschaft von der Politik und die Soziologie genannt seien.

Im Bereich der Zeitgeschichte spielt es heute eine immer wiederkehrende bedeutsame Rolle, daß die ältere Generation noch leidend und handelnd an den Ereignissen teilgenommen hat und von ihrer Atmosphäre geprägt worden ist. Sie trifft sich auf diesem Arbeitsfeld mit einer jüngeren Generation, deren Fragestellung und Antworten aus größerer Distanz zu den Ereignissen ebenso den Vorteil größerer Unbefangenheit für sich in Anspruch nehmen können, wie sich ihre Leistung mit der Problematik jeder, nur am Schreibtisch gewonnenen Geschichte auseinandersetzen muß. Bestimmtheit und Eindeutigkeit ihrer Urteile erscheinen dem noch Mitlebenden nur zu häufig in Gefahr, an der Vielschichtigkeit der in Aktion und Reaktion, in der Unsicherheit einer erst werdenden konkreten Ereigniskette sich vollziehenden Geschichte vorbeizugehen. Das gilt in besonders starkem Maße für jenen entscheidenden Augenblick der Machtergreifung des 30. Januar 1933, deren Vorgang nicht umsonst heute nach Ursachen und tatsächlichem Verlauf, nach Bewertung und aus ihr sich ergebenden Folgerungen noch immer so leidenschaftlich umstritten ist.

Es mag aus diesem Grunde gestattet sein, einmal andeutend auf das eigene Erlebnis des damals in der Arbeit einer deutschen Universität stehenden Professors zurückzugreifen, um jene ihn umgebende Vielschichtigkeit und Vielschichtigkeit der erst werdenden Geschichte ohne die bis 1945 sich vollendende Klarheit über den Weg in die Katastrophe anschaulich zu machen. Die Studentenschaft der damals zahlenmäßig recht begrenzten Universität Halle-Wittenberg mit den inneren Nöten einer Jugend, die zum großen Teil Opfer der bevorstehenden Ereignisse werden sollte, verdichtete sich hier in einem eng zusammenhaltenden Doktorandenkreis, der ebenso Gegner des Nationalsozialismus wie begeisterte Anhänger umfaßte: jugendliche Idealisten auch sie, die zum Teil das Studium der Geschichte bewußt mit dem der Theologie verbunden, bis zum 30. Januar 1933 ehrlich überzeugt, die „Nichtkonfor-

misten“ dieses Zeitpunktes darzustellen wie jede andere lebendige Jugend, wenn sie, etwa in den erregten Wahlkämpfen des Jahres 1932, sich dem Widerspruch der älteren Generation verschloß. Als ich diesen Kreis kurz nach der Machtergreifung für eine die Nacht ausfüllende Diskussion um mich versammelte, hatte eine meiner begabtesten Studentinnen als Sekretärin des sofort aus dem Amte entfernten Friedrich Hertz bereits die Annehmlichkeit einer ersten kurzen Haftzeit erlebt. Der Gegensatz der Standpunkte konnte nicht überbrückt werden; die menschliche Solidarität des Anstandes aber blieb auch in dieser Belastung unangetastet. Die Nationalsozialisten unter ihnen, von denen manche schon 1934 durch den Gegensatz ihres persönlichen Ideals und der Wirklichkeit des Einparteienstaates in schwerste innere Konflikte gerieten, haben ihre bedrohten Kommilitonen mit allen Mitteln zu schützen gesucht — selbst indem sie einem der am meisten gefährdeten den Weg zur Aufnahme in die SS bereiteten. Ich kann dieser Generation meiner Studenten nur das Zeugnis ausstellen, daß sie bis zu meiner Absetzung, ebenso aber in und nach dieser, einen Lehrer, der sich bemüht hatte, ihnen mit menschlichem Anteil gerecht zu werden, eine unerschütterliche Treue bewahrt haben.

Schärfer markiert ist naturgemäß die Summe der Eindrücke, die aus dem Kreise der Kollegen geblieben sind, die so bald durch das Schicksal der „politisch unerwünschten“ und „nicht arischen“ Mitgliedern des Lehrkörpers vor die ganze von nur zu vielen, wenn auch keineswegs allen unterschätzte Härte der Wirklichkeit gestellt wurden. Es bleibt mir unvergeßlich, daß Siegfried A. Kaehler mich am Abend des durch die Annahme des Ermächtigungsgesetzes historisch gewordenen Tages aufsuchte, mich auf die einsame Straße bat, um keinen dritten Menschen mit diesem Gespräch zu belasten, und mir im Anblick des Gaskandelabers bildlich, aber prophetisch zu sagen: an diesem Laternenpfahl werde die jetzt unaufhaltsam gewordene Revolution des Nationalsozialismus erst Hans Rothfels, dann mich und zuletzt ihn selbst, den von einem bedeutenden Vater geprägten Theologensohn, aufhängen. Er war nach Halle aus dem Breslau des Potempa-Mordes gekommen und hat damals das Bevorstehende unbestechlich vorausgesehen. Ich muß bekennen, daß ich mit hartnäckigem Optimismus bemüht war, mir und anderen in diesem Zeitpunkt noch die Unausweichlichkeit des Weges in das Verhängnis zu bestreiten.

Das letzte dieser drei unvergeßlichen Erlebnisse aber ist vielleicht doch für die Wochen der Machtergreifung und die Stärke, mit der die Universität sofort und letzten Endes unfähig zum Widerstand in den Strudel des Geschehens gerissen wurde, am bezeichnendsten. Zum Beginn des großen Volksumzuges am 1. Maifeiertag des Nationalsozialismus war die ganze Universität, Lehrkörper, Studenten und Verwal-

tung, vor dem alten Schinkelbau in Halle angetreten, voran in zwei langen Gliedern der Lehrkörper, dessen bedrohte Mitglieder in mehr wie einem Falle alles aufgebieten hatten, von dieser befohlenen Demonstration der „nationalen Solidarität“ nicht ausgeschlossen zu werden. Das in dem jetzt in die allgemeine „Militarisierung“ eintretende Deutschland unentbehrliche Kommando führte der — vor einem Semester wegen untragbarer Tumulte vom Senat relegierte — Vorsitzende des NS-Studentenbundes, ein nur durch massive Primitivität ausgezeichneter Vertreter der jungen Nationalsozialisten. Es war symbolisch für das Bevorstehende, daß sein „Stillgestanden“ von der ganzen Universität, dem Lehrkörper voran, exekutiert wurde und nur ein sehr alter Soldat, ehemaliger Divisionsgeneral und jetzt unser angesehener Honorarprofessor für Numismatik, der Herr v. Bahrfeldt, den Mut besaß, in keiner Weise darauf zu reagieren und den mißbilligenden Blick des die Front abschreitenden „neuen Herrn“ der Universität mit einer schweigend überhörten, ironischen Bemerkung („wo haben Sie das gelernt, Gefreiter?“) zu erledigen. Es war der unleugbar demütigende Zeitpunkt, in dem zahlreiche Professoren mit der Begründung, sie wollten „Schlimmeres verhüten“, ihren in nicht seltenen Fällen erfolglosen Antrag auf Aufnahme in die Partei stellten, die sie noch kurz zuvor zumindestens als „plebejisch“ abgelehnt hätten.

Der Widerspruch dieser drei Bilder ist vielleicht geeignet, das Chaos einer revolutionär gewordenen Situation zu beleuchten, die in einer seit langem der gesicherten Stabilität entbehrenden Lage nun endlich den ganzen Druck einer wirklich entscheidenden Umwälzung zu enthüllen begann. Zugleich weist aber jene letzte Anekdote auch mit allem Nachdruck in die Richtung, die bereits mit der Formel: die deutsche Universität und der Staat als Hauptlinie unserer Fragestellung angelegt ist: die Fragestellung nach der Bedeutung der Staatstradition, die im ganzen bürgerlichen Lager rechts von der Sozialdemokratie und dem bereits vorher als Machtfaktor aufgelösten bürgerlichen Liberalismus ihre durch die ganze Geschichte der Weimarer Demokratie vorbereitete Wirkung ausgeübt hatte.

Die in der Wahl der kritisierten Persönlichkeiten, Friedrich Meinecke — mit seiner uns heute voll erschlossenen Entwicklung von einem keineswegs unkritischen „Herzemonarchisten“ zum „Vernunftrepublikaner“ und gerade in dieser dunklen Stunde des Jahres 1933 zu unerschrocken loyaler Verteidigung der Demokratie —, im Grunde fehlgreifende Studie eines bedeutenden amerikanischen Historikers, Ch. Beard's und seines aus Berlin kommenden Schwiegersohnes Alfred Vagts', hat damals für die Welt der deutschen Historiker und des deutschen Geschichtsdenkens eine Formel von lapidarer Einfachheit geprägt. Es ist die Formel, daß, im Gegensatz zu den großen, auf echter

korporativer Grundlage selbständig beruhenden Privatuniversitäten Englands und der Vereinigten Staaten, das Versagen auch der deutschen Geschichtswissenschaft auf der Beamtenqualität des deutschen Professors beruht habe, gerade also auf einer Eigenschaft, in der die deutsche Tradition gern — seien wir ehrlich, sogar bis zu der gegenwärtigen Stunde — eines der wesentlichsten Bollwerke für die Freiheit der Wissenschaft und die Unabhängigkeit von Forschung und Lehre an den deutschen Universitäten erblickt hat.

Es kann in der Tat nicht bestritten werden, daß der Gang der deutschen Geschichte die deutsche Universität seit ihren Anfängen auf das engste an den deutschen Staat in seiner jeweiligen historischen Form gebunden hat. Sie ist vom Spätmittelalter bis zum Ende des 18. Jahrhunderts ganz überwiegend von dem ebenso oft gescholtenen wie in seiner Vielfalt gepriesenen Territorialstaat gegründet, getragen und beherrscht worden: in seiner bis zum Ausgang des Absolutismus wachsenden Straffheit als Vorbereiter des modernen Staates, wie in seiner den dadurch entstehenden Druck einigermaßen abmildernden Vielgestaltigkeit, die, je nachdem retardierend oder fördernd, auf den Gang der wissenschaftlichen Entwicklung eingewirkt hat. Aber erst die preußische Reform nach Jena, die in der Gründung der großen alten Universität Berlin 1809 gipfelnde Kulturpolitik Wilhelm v. Humboldts und des deutschen Idealismus hat sich von diesem staatlichen Ankergrund zwar keineswegs gelöst, aber aus den Impulsen einer vielfach hochstehenden Bürokratie im Bündnis mit tiefen Tendenzen der deutschen Gelehrtenwelt jene Synthese von staatlicher Universität und der als Idealtyp zutreffenden Überzeugung, daß auch dem Staat mit der echten Autonomie der Wissenschaft am besten gedient sei, jene moderne deutsche Universität geschaffen, die sich eine bis zum Ende des 19. Jahrhunderts anerkannte und verdiente Weltgeltung verschaffen konnte. Unleugbar ist diese ideale Synthese durch die preußische Wirklichkeit von Anfang an bedroht und eingeengt worden: durch die reaktionäre Verhärtung, die schon wenige Jahre nach 1815 in entscheidenden Teilen dieser Bürokratie einsetzte; durch die Stärke, mit der das Erwachen der das 19. Jahrhundert freilich universal erfassenden nationalen Idee Deutschland durch das geschichtlich unvermeidliche Streben nach der politischen Einheit der hierin rückständigen eigenen Nation umwandelte; durch die — neben ihren bedeutenden Leistungen — unbestreitbaren Belastungen der deutschen Romantik, die zu einem tiefgehenden Gegensatz zwischen einer Sonderstellung des deutschen Geistes gegenüber der gradliniger und hemmungsfreier, weil rationaler in die moderne Welt überleitenden Eigenart der westlichen Nationen geführt haben. Dies alles verband sich in einer Umgebung, in der die Errichtung eines der Außenwelt ebenbürtigen, einheitlichen Nationalstaates zu einem der

tiefsten Impulse des deutschen Lebens wurde, mit jener Verherrlichung des Staates durch die Hegelsche Philosophie, für die der Staat schlechthin die „Veranstaltung des objektiven Geistes“ bedeutete. Aber es geht bis weit über die Mitte des 19. Jahrhunderts hinaus, daß dadurch die Bedeutung einer politischen Verantwortung der Universität für das öffentliche Leben der Nation, der Anteil des Professors an der Politik, keineswegs durch einen generellen Gehorsam vor der Obrigkeit aufgehoben wurden. Gerade für die deutschen Historiker gilt, daß ihr Anteil an der Arbeit der Frankfurter Paulskirche einen klassischen Höhepunkt in dem so oft bestrittenen politischen Einsatz der deutschen Gelehrtenwelt bedeutet hat. Auch die durch den Mißerfolg der Revolution von 1848 ernüchterte und auf die Bahn des Realismus gedrängte Generation der Johann Gustav Droysen, Heinrich v. Sybel und des zur Revolution bereiten jungen Feuerkopfes Heinrich v. Treitschke, ebenso aber Theodor Mommsen und der konsequente Demokrat Georg Gottfried Gervinus sind bis 1866 und 1871 eine Generation von Gelehrten geblieben, die durchaus diese Einheit von Geschichte und Politik repräsentierte, mag auch die bürgerliche Begrenzung ihrer Gedankenwelt heute noch so stark zu bemerken sein.

Diese Lage ändert sich entscheidend mit jener durch den Staat Preußen von oben her bewirkten Reichsgründung Bismarcks, die sicher von ihnen nicht einfach nur als Erfüllung und damit Ende des eigenen Ideals begrüßt worden ist. Aber sie rief doch weithin jenes durch Sybel formulierte Gefühl wach, daß nach dieser kleindeutsch begrenzten Verwirklichung des nationalen Einheitswunsches man nicht mehr wisse, wo neue, das Leben mit gleicher Stärke erfüllende Aufgaben zu finden seien. Auch Meinecke, der schon vor 1914 zum gewissenhaften Kritiker eines nach innen unvollendeten Nationalstaates geworden ist, blieb bis 1914 überzeugt, daß dieser Nationalstaat eine „stolze Sonnenhöhe der deutschen Geschichte“ bedeutete. Auch er feierte in Weltbürgertum und Nationalstaat (1908) Ranke und Bismarck als die beiden großen Erzieher der Deutschen von der Romantik zu dem von dem Reichsgründer vertretenen, ihm unentbehrlich erscheinenden Realismus. Bei aller Kritik an der fortschreitenden Erstarrung des konservativen Preußens, die sich auch schon scharf gegen die gefährliche soziale Verschmelzung zwischen dem agrarisch gewordenen Großgrundbesitz des deutschen Ostens und der sich ihm politisch und gesellschaftlich angleichenden Führerschicht des modernen industriellen Unternehmertums wie der bürgerlichen Oberschicht des Besitzes überhaupt wendete, blieb er doch geneigt, die Hegemonierolle Preußens im Reich als einen „unentbehrlichen Panzer der Macht“ anzuerkennen. Selbst ein so unbarmherziger Kritiker der wilhelminischen Epoche wie Max Weber meinte doch, daß die Reichsgründung ein „Knabenstreich“ gewesen sei, wenn

sie in der Epoche des Imperialismus nicht durch den Aufstieg des kontinental beengten Deutschland zur Gleichberechtigung mit den führenden Mächten in der weltpolitischen Gegenwart, die auch er für erreichbar und erstrebenswert hielt, gerechtfertigt wurde. In der Welle einer Sätturiertheit, die oft genug an die Folgen unserer Prosperität seit 1949 erinnert, erschien der Nation im Gefühl ihrer Kraft und in der Hoffnung auf unbegrenzte Möglichkeiten der Zukunft, bei einer in Weltpolitik und Weltwirtschaft erschütternd tiefgehenden kontinental-europäischen Begrenztheit ihres Gesichtskreises, jeder Stern erreichbar. Diese Generation ist durch nichts bezeichnender charakterisiert, als durch die Tatsache, daß sie, voll Bewunderung für einen in seinem bedeutendsten, weil sich selbst begrenzenden Zügen „mißverstandenen Bismarck“, in einem verhängnisvoll verbreiteten, zum Nationalismus vergrößerten Selbstgefühl meinte, die Generation der Reichsgründung leicht genug übertrumpfen zu können. Es ist unleugbar, daß zum großen Teil auch die Geschichtswissenschaft in einen fachmäßig verengerten Spezialismus und Positivismus absank, vor dem ebenso ein so „borussischer“, aber tief idealistischer Historiker wie Johann Gustav Droysen wie der von der Fachzunft vielfach bedenklich unterschätzte Schweizer Jakob Burckhardt rechtzeitig und leidenschaftlich gewarnt hatten, ehe noch Meinecke die berühmte Warnung formulierte, daß die deutsche Geschichtswissenschaft, ohne ihr eigenstes Wesen aufzugeben, sich wieder mutiger in Philosophie und Politik baden müsse. Man sollte doch nicht übersehen, daß dieser Mann in seinen Erinnerungen rückblickend gemeint hat, daß die deutsche Entwicklung politisch zwar vor 1914 einen Tiefpunkt erreicht habe, daß aber die geistigen Ansätze zu neuen bedeutenden Leistungen in den an fruchtbaren Keimen überreichen Jahren vor dem 1. Weltkrieg bereits unübersehbar festzustellen seien. Aber auch er hielt noch an jenem von Hegel bestimmten Glauben der Identitätsphilosophie fest, daß letzten Endes Geist und Macht sich harmonisch zur Deckung bringen lassen müßten, daß eine durchgehende Linie von Goethe zu Bismarck, von Weltbürgertum und Universalismus zum nationalen Staat als Macht unter Mächten aufgezeigt werden könne und zumindestens als ideale Aufgabe gegeben sei. Unleugbar bleibt auch freilich, daß in der deutschen Welt seit 1890 diejenigen Vertreter der deutschen Wissenschaft, die wie der spätere Treitschke der „Politik“, dazu gekommen waren, daß der Staat Macht, Macht und abermals Macht sei, in der Breite ihres Kathedereinflusses auf die heranwachsende akademische Oberschicht sehr viel erfolgreicher gewesen sind, als jene feineren kritischen Persönlichkeiten, so sehr die besseren Kräfte jener Generation von Treitschke doch schon zu den universalen Elementen Ranke zurückzukehren strebten und unleugbar bemüht waren, das Gehäuse des militanten Borussismus der ihnen vorhergehen-

den Generation des Kampfes um die Reichsgründung kritisch aufzulösen.

Der 1. Weltkrieg hat zweifellos alle diese Gegensätze in der Debatte um das Wesen von Staat und Politik zu einer hektischen Leidenschaft entfacht, die nun eines allerdings ganz deutlich machte. Schon die deutsche Geschichtswissenschaft vor 1914 ist zwar keineswegs einfach „unpolitisch“ im Stolze auf eine absolute Objektivität ihrer autonomen Wissenschaft gewesen, wenn sie auch mit bedeutenden Ausnahmen geneigt war, sich der kritischen Prüfung des Verhältnisses von Politik und Geschichte nur ungenügend zu stellen. Der Grad naiver Politisierung, der nun vollends in der Flugschriftenliteratur der Professoren des 1. Weltkrieges zutage trat, beweist aber abschließend, wie unheilvoll seit 1871 die Mischung von nationaler Selbstsicherheit und unkritischer Beurteilung einer dieser Wissenschaft in ihrer auch sozialen Begrenztheit nicht mehr zugänglichen modernen Welt sich gestaltet hatte. In der auch jetzt von Ausnahmen einer Minderheit nicht freien Masse dieser Kriegsliteratur offenbart sich ein nun schon traditionell verhärtetes Verhältnis von Wissenschaft, Universität und Staat, das sich ebenso verhängnisvoll ausgewirkt hat, wie der völlig illusionäre und in seinem Horizont den besseren Voraussetzungen des deutschen Geschichtsdenkens widersprechende Annexionismus, der sich bis in die Katastrophe des Sommers 1918 hinein erschreckend breit gemacht hat.

Die nicht unverschuldete, überraschende Schärfe der Katastrophe des 1. Weltkrieges hat vollends dazu geführt, daß trotz der Warnung einer zugleich militärischen, politischen und sozialen Niederlage dieses Mißverhältnis der Wissenschaft zum modernen Staat auch die ganze, nur 15 Jahre — nach allen geschichtlichen Parallelen ein mehr als kurzer Zeitraum für die Assimilierung einer von Stolz auf die jüngere Geschichte der Nation erfüllten selbstbewußten Oberschicht — ausfüllende Geschichte der Weimarer Demokratie durchzogen hat. Der gleiche Traditionalismus, der uns im Bereich der Wissenschaft begegnet, hat auch das von ihnen ausgebildete Beamtentum, die Welt der Rechtsprechung und des Rechtsdenkens wie das Offizierkorps erfüllt und ist sicherlich *eine* der wesentlichen Ursachen ihres Scheiterns gewesen.

Nun ist gewiß die Welt der deutschen Wissenschaft auch jetzt keineswegs so konformistisch gewesen, wie sie heute oft dargestellt wird. Wohl ist, was den Bereich der deutschen Geschichtswissenschaft angeht, die Zahl der ausgesprochen nicht konformistischen, konsequenten Anhänger der Demokratie bedrückend gering gewesen: sie bleibt fast auf den überzeugten Liberalen Johannes Ziekursch — für den das zweite Kaiserreich eine gegen den Geist der Zeit errichtete Burg war —, auf den radikalen Sozialisten Alfred Rosenberg — auch er übrigens ein

Professor der Berliner Universität — und den jugendlich leidenschaftlichen, allzu früh verstorbenen Eckart Kehr beschränkt, dessen noch heute erregende Aufsätze in diesem Jahr hier in Berlin wieder zugänglich gemacht worden sind. Aber der Historiker, der den Bedingungen, und damit auch den Begrenzungen einer Epoche nicht nur mit den unzulänglichen Maßstäben von Erfolg und Niederlage nachzugehen sich verpflichtet fühlt, wird es ablehnen müssen, die Bedeutung jener „Vernunftrepublikaner“, zu denen in der Welt der Wissenschaft ein Max Weber, ein Ernst Troeltsch und ein Friedrich Meinecke gehörten, einfach nur nach der Zahl, nicht nach ihrem inneren Gewicht zu messen. Er muß es auch für diese Epoche ablehnen, den reduzierenden Maßstab des Obrigkeitsdenkens anstelle des Ringens zwischen einem tiefgehend verwurzelten Traditionalismus und einem unter schwersten Belastungen um seine Zukunft ringenden Neuen vereinfachend anzulegen. Es sind gerade Begrenzungen eines in sich konsequenten Denkens jeder freiheitlichen Demokratie, nicht nur der Widerstand der hohen Bürokratie gewesen, die die von steten Kämpfen erfüllte Geschichte von Universität und Wissenschaft in der Weimarer Zeit so leidenschaftlich bewegt gemacht haben. Das gilt auch für die im Rückblick vielleicht in starkem Maße der Kritik ausgesetzte Zurückhaltung, mit der die Kultusministerien, auch das preußische der Regierung Braun-Severing, sich drastischer Eingriffe in die von der Verfassung verbürgte Autonomie der Universitäten und die Freiheit der für sich selbst verantwortlichen Wissenschaft enthalten haben. Die Referenten dieses Ministeriums, selbst Gelehrte von Rang und anerkannter Bedeutung wie der Germanist Werner Richter und der Historiker Wilhelm Windelband, haben in den Grenzen des bestehenden Berufsrechtes mehr als einmal ihr Bestes getan, wirkliche Begabungen in ihrem Aufstiege auch über das Ausmaß zögernder Fakultäten hinaus zu fördern. Allerdings war selbst der Bannstrahl begrenzt, den der preußische Ministerrat im Fall eines nach seiner Ansicht zu weit gehenden Konfliktes mit dem Interesse des bestehenden Staates schleuderte. Er bedeutete für den Betroffenen das Verbleiben in jener Klasse der „außerplanmäßigen Professoren“, die, damit aus dem Paradies des Beamtentums ausgeschlossen, von einem kargen Lehrauftrag in der Höhe von 350 Mark monatlich zu existieren hatte, was übrigens keineswegs bedeutete, daß sie ungestört von einem bourgeoisen Erbteil des Familienbesitzes existieren konnte, das in seiner Masse bereits der Inflation zum Opfer gefallen war, sondern durch eigene Arbeit das fehlende zu ersetzen hatte und im Durchschnitt doch selbst in schwierigen Zeiten ersetzen konnte.

Das Verhältnis dieser Wissenschaft zum Staat ist also keineswegs genügend mit der Formel zu beschreiben, daß die Bindung des Beamtentums die entscheidende Rolle gespielt habe, und ebenso wenig

damit erschöpft, daß eine der Politik im Hochmut des Elfenbeinernen Turmes entfremdete Professorenschicht generell zur Verantwortung vor dem Richterstuhl der Geschichte gezogen werden könnte. Gewiß war der fragwürdige Überlegenheitsanspruch des wissenschaftlichen Objektivitätshochmutes verbreitet genug, ehe er sich in der Katastrophe von 1933 als eine Statue mit tönernen Füßen herausstellen sollte. Aber ebenso wichtig und im Grunde sehr viel ausschlaggebender war es, daß den traditionsgebundenen Kreisen in dieser jungen Republik die Haltung der Gegnerschaft gegen den bestehenden Staat, oft genug bis an und über die Grenzen der Beamtenloyalität hinausgehend, diese durch und durch politische Oppositionshaltung, ob unbewußt bezogen oder mit dem Selbständigkeitsanspruch überlegener Wissenschaftlichkeit begründet, als Erfüllung ihrer Mission gegenüber einer sonst als großer Interessenhaufen verachteten modernen pluralistischen Demokratie als nur zu selbstverständliche Ehrenpflicht des Professors auf dem Katheder erschien. Otto Hintze hat einmal die dem Historiker des Hohenzollernhauses und Preußens gewiß nicht leichte Erkenntnis formuliert, daß die „Andacht zum Staate“ nicht die einzige Wurzel, aber eine wesentliche Ursache der Katastrophe von 1918 gewesen sei. Sie habe die Fähigkeit des Deutschen, sich zu der „genossenschaftlichen Demokratie“ als Staatsform der Moderne zu entwickeln, verhängnisvoll beschränkt. Das Verhältnis der Universität zum Staat der Weimarer Epoche ist vor und bis zu dem Jahre 1933 dadurch bestimmt gewesen, daß in breiten, ja überwiegenden Teilen der deutschen Wissenschaft seit 1918 ein Prozeß der negativen Politisierung vorherrschte, der, mit dem großen Anspruch auf Autorität der Wissenschaft vorgetragen, doch in einem gegenüber der sich entwickelnden Gegenwart einer modernen Zeit unlegbar versagenden Traditionalismus der Anhänglichkeit an eine im Versinken begriffene Epoche wurzelte.

Die mit dieser Opposition der Universitäten sich keineswegs deckende, aber mit ihr vielfach überschneidende Haltung der „akademischen Intelligenz“ zur Weimarer Demokratie wird nach ihrer innerdeutschen Bedeutung das Thema des folgenden Vortrages von Kurt Sontheimer sein. Problematik und Grenzen der mit unlegbar starkem Übergewicht auf Staat und Politik gerichteten, jetzt weniger denn je unpolitischen Geschichtsschreibung treten aber so bedeutungsvoll auch auf dem Gebiet der Außenpolitik hervor, daß dieser Seite noch abschließende Betrachtungen gewidmet werden sollen. Wer heute zu den Nachkriegsschriften einer so bedeutenden Schule wie der der Neurankianer, vor allem von Max Lenz und Erich Marcks, greift, muß feststellen, daß die 1917 durch die Intervention der Vereinigten Staaten und die russische Revolution bewirkte globale Erweiterung des im 19. Jahrhundert noch auf Europa beschränkten Geschichtsfeldes im Grunde ohne tieferes

Echo geblieben ist. War schon im Jahre 1900 die eine der berühmtesten Abhandlungen Rankes fortsetzende Studie von Max Lenz über die „Großen Mächte“ dadurch bezeichnet gewesen, daß sie ganz überwiegend glaubte, die Linien der überlieferten Rolle eines europäischen Staatensystems in die Fortsetzung der Weltpolitik eintragen zu können, so blieb diese Einstellung, begünstigt durch die amerikanische Rückwendung zum Isolationismus und durch das Zurücktreten der von inneren Schwierigkeiten gebundenen Sowjetunion, auch jetzt bestehen, das politische Bild dieser Historiker auf Europa beschränkt. Selbst für Meinecke erschien die anfangs noch als Möglichkeit bestehende Pax Anglo-Saxonica nur als ein geringeres Übel zulässig, obwohl er auch von ihr schwere Verluste für den europäischen Reichtum an Individualität befürchtete. Der unter der Führung der westeuropäischen Siegermächte verbleibende Völkerbund Wilsons stieß überwiegend auf ein durch seine Begrenzungen genährtes Mißtrauen oder auch offene Ablehnung jeder über den Nationalstaat hinausgehenden Lösung. Ein Schweizer Historiker, Werner Kaegi, hat sich damals bitter beklagt, daß die Geringschätzung des kleineren Staates, jenseits und innerhalb der deutschen Grenzen, zu untragbarer Nichtachtung angewachsen und der Kult des Nationalstaates als Höchstwert durch die Katastrophe überwiegend nicht in Frage gestellt worden sei, sondern sich nur verstärkt habe. Die übertreibend an Bismarck angeknüpfte, in ihrer verhärteten Form angeblich auf Ranke zurückgehende Lehre vom Primat der Außenpolitik ist jetzt stärker denn je vertreten worden. Die Folge war, daß man den unvermeidlich von allen Seiten und Parteilagern erstrebten Wiederaufstieg des Reiches sich auch historisch nur nach den Analogien der eigenen Geschichte im Beispiel der europäischen und deutschen Erhebung von 1813 gegen den ersten Napoleon vorstellen konnte. Ebenso leitete man von dem handgreiflichen militärischen Übergewicht Frankreichs auf dem Kontinent ab, daß der siegreiche Nachbar, das Frankreich allerdings Poincarés, im Begriff sei, traditionelle Hegemonieansprüche in altem Umfange zu erneuern, ohne das diese Auffassung begrenzende, ehrliche Sicherheitsbestreben einer tief erschöpften und enttäuschten Nation ausgleichend in die Rechnung einzusetzen. So konnten alle Proportionen verzerrt werden, wenn Erich Marcks meinte, daß erneut die „Raubtierpranken des französischen Militarismus über ganz Mitteleuropa“ gebreitet seien. „Die Weltgegensätze der alten Zeit sind wieder erwacht; die europäischen Gegensätze erst recht.“ Selbst der später zu Stresemann sich bekennende Hermann Oncken hat in der Einleitung zu seiner Französischen Rheinpolitik 1922 noch gemeint, daß wieder der „Keim einer Gefahr napoleonischen Stiles“ vorliege. Die Folge war, daß man bis 1923 auf den Wiederausbruch eines englisch-französischen Hegemoniekampfes nach dem Vor-

bild des 17. bis beginnenden 19. Jahrhunderts rechnete und damit die Tragweite vorhandener Spannungen zwischen den beiden großen Nationen des europäischen Westens ebenso bei weitem überschätzte, wie — dies allerdings weniger auf wissenschaftlichem als auf politischem Felde vertreten — die Tragweite des Rapallo-Vertrages von 1922 ebenfalls im Lichte eines mißverstandenen Bismarck einschätzte. Es trifft für den Bereich der ernsten Wissenschaft nicht zu, daß in solchen Fehlberechnungen eine gradlinige Fortsetzung des aggressiven und weltpolitischen Imperialismus vornehmlich der Kriegsjahre vorliege, so sehr solche Tendenzen im Bereich der Publizistik und öffentlichen Meinung unleugbar vorhanden gewesen sind. Das Versagen aber vor der Aufgabe einer kritischen und verstehenden Analyse der neuen Nachkriegsgegenwart bleibt bestehen.

Mit dieser Formulierung ist bereits eine Warnung gegen die Neigung angedeutet, alle Aufgaben, denen sich diese politische Geschichtsschreibung der Weimarer Zeit widmete, unter einheitliche — und verdammende — Urteilkategorien zu bringen, die die unvermeidlichen Reaktionen einer geschlagenen und sich gegen die Tiefe des Sturzes zur Wehr setzende Nation unterschiedslos verurteilen. Es war seit 1945 sehr leicht, selbst das Werk der Pariser Friedenskongresse mit einem ganz anderen Maße historischer Distanz und Sachlichkeit zu beurteilen, als es vor 1933 erreicht worden ist. Aber auch in jener „revisionistischen“ Literatur, die sich gegen die juristisch formulierte Kriegsschuldanklage des Artikels 231 im Versailler Friedensvertrag wendete, fehlt es auf deutscher Seite keineswegs an ernsthafter Bemühung, von der Phase der emotionalen und juridifizierenden Betrachtung der Anfangszeit loszukommen und ein tiefergreifendes Verständnis der Gegenseite anzubahnen, auch wenn die Erfolge der eigenen Bemühungen bei weitem überschätzt und die aus diesen Bemühungen entstehende Belastung der deutschen Außenpolitik mit Protesten gegen diese Schuldanklage unterschätzt worden ist. Die heute so weit verbreitete Neigung in Fritz Fischers „Griff nach der Weltmacht“ das letzte Ergebnis der Diskussion dieser Fragen zu sehen, ist vielfach durch keine Kenntnis des ernsthaften Gehaltes außerdeutscher Revisionswerke, der Bemühungen eines George P. Gooch, Sidney Bradshaw Fay und William L. Langer getrübt, deren Gewicht durch die in Deutschland sicher zu Unrecht lange ignorierten Werke von Bernadotte Schmitt und Albertini keineswegs erledigt ist. Sie geht auch an der Kritik achtlos vorüber, die der Italiener Mario Toscano in Rom an den Schwächen der Verträge von Paris und Versailles noch 1955 geübt hat. Daß von den Voraussetzungen auch des deutschen geschichtlichen Denkens aus die Korrektur anfänglicher Fehltritte durchaus möglich war, ist mir selten so klar geworden als in einem Gespräch, das ich hier in Berlin

1939 am Abend von Hitlers Angriff auf Polen hatte, in dem mein Gesprächspartner, Fritz Hartung, mit tiefem Ernst gegen die frivole Entfesselung eines zweiten Weltkrieges das im Grunde auf Bismarck zurückweisende Argument geltend machte, daß die hiermit eingeleitete Zerstörung der das Reich und Rußland seit 1919 trennenden Barriere der Randstaaten — breiter als jemals seit Peter dem Großen, ein auch gerade für Deutschland bedeutendes Ergebnis des Friedensschlusses von 1919 — schlechthin verhängnisvoll sei.

Selbst für jene Bismarck-Renaissance, die seit 1922 durch die erste Vorlage seiner diplomatischen Korrespondenzen nach 1871 und später durch die Friedrichsruher Ausgabe seiner Gesammelten Werke eingeleitet wurde, gilt, daß sie gewiß den Blick mit bedenklicher Stärke von den übermäßigen Spannungen der Gegenwart auf eine vergleichsweise viel zu stark als glänzend angesehene Vergangenheit zurücklenkte. Aber gerade in den besten ihrer Vertreter hat sie doch auch eine — seitdem unvermeidlich vertiefte und fortentwickelte — kritische Korrektur des zur Gefahr gewordenen Bismarck-Klischees des durchschnittlichen Nationalismus angestrebt und erreicht, die nicht übersehen werden darf.

Noch begrenzteren Wert hat es, wenn aus der Lage, die 1938 durch das brutale Manöver Hitlers gegen Österreich geschaffen wurde, jene ganze Anschlußbewegung der Zwischenkriegszeit, die sich auf das von Wilson proklamierte und noch heute eine zentrale, wenn auch nicht mehr unproblematische Bedeutung besitzende Selbstbestimmungsrecht der Völker berief, in den großen Komplex einer auch nach dem 1. Weltkrieg fortgesetzten deutschen Hegemoniepolitik und eines eindeutig als aggressiv charakterisierten Mitteleuropa-Gedankens — in Widerspruch selbst zu den besten außerdeutschen Behandlungen des Problems — eingeordnet wird.

Die Tragödie, in die dieser Weg führte, ist unbestritten und unbestreitbar. Aber das Problem ist zugleich ein Beispiel, daß eine wirklich historische Betrachtung nicht das Recht hat, einen Impuls der Vergangenheit, an dem alle politischen Richtungen des Weimarer Deutschland, in vorderster Linie auch die Sozialdemokratie — zu den wenigen Ausnahmen gehörte in dieser Frage ein Historiker wie der mit den Maßstäben der Bismarckschen Selbstbegrenzung argumentierende Gerhard Ritter — zusammenarbeiteten, an den Maßstäben seiner Realisierung durch den Nationalsozialismus zu messen. Wir haben jener Generation von 1919 bis 1939 auch hier die Distanz voraus, die uns etwa die historische Reduktion des Onckenschen Werkes über die „Vorgeschichte des 1. Weltkrieges“ — das den ganzen Verlauf der deutschen Geschichte aus unserer gefährdeten Mittellage in Europa ableitete — als

zu begrenzt erscheinen läßt; wir können die dauernden Kräfte, die in Österreich selbst sich dem Anschluß widersetzen, zutreffender würdigen; wir vermögen auch zu verstehen, warum sich das französische Sicherheitsbedürfnis diesem deutschen Appell an das Selbstbestimmungsrecht hartnäckig und erfolgreich mit einer Stärke widersetzte, daß es in Gefahr geriet, auf diesem Wege selbst von England und Amerika im Stich gelassen zu werden. Wir können heute auch erkennen, daß diese „gesamtdeutsche“ Wiederaufnahme des 1866 verlassenen großdeutschen Programmes von 1848, so sehr es im Einklang mit dem nationalstaatlichen Gedanken und den Prinzipiengehalt des Selbstbestimmungsrechtes der Völker stand, wie schon in der Mitte des 19. Jahrhunderts eine Verschiebung aller Machtgewichte in Europa herbeizuführen drohte, dessen ganze Tragweite schon der spätere Bismarck vorausgesehen hat, obwohl selbst Stresemann noch glaubte, sich einmal über diese Bedenken hinwegsetzen zu können. Auch für den überwiegenden Teil der deutschen Wissenschaft an den Universitäten, insbesondere die Geschichtswissenschaft, gilt, daß hier Grenzen deutlich werden, an denen der Anspruch und der Wunsch, die Gegenwart aus der Vergangenheit politisch zu belehren, sich als unhaltbar erwiesen hat. Es bleibt aber eine sehr andere Frage, ob dies Versagen in der nüchterner gewordenen Beurteilung unserer eigenen Zeit die Generalisierung der Anklagen rechtfertigt, die mehr wie einmal daraus gefolgert worden sind.

Als Ganzes ergibt auch die Behandlung besonders schwerwiegender Einzelprobleme der deutschen Außenpolitik von 1918 bis 1933, wie belastet von der Fehlbarkeit des menschlichen Urteils jene Generation auch in ihrer selbstbewußten Wissenschaft gewesen ist. Die nach den Ursachen dieses Versagens fragende Untersuchung bedeutet nicht, daß die Tragweite von Irrtümern, aber auch Verirrungen abgeschwächt werden dürfte. Aber sie sollte auch eine Warnung sein, wie verantwortlich und schwer die Aufgabe ist, Analysen der Vergangenheit im Urteil über gescheiterte Generationen in allzu unmittelbare Verbindung mit dem vertieften Wissen einer späteren Zeit zu setzen. Pauschalurteile, die nur eine Masse der Verdammnis wahrzunehmen vermögen, sollten schon durch die Tatsache ausgeschlossen werden, daß die besten Köpfe jener Epoche, wenn auch oft genug in bezeichnender Vereinzelnung, die Ursache des kommenden Verhängnisses schon seit dem 1. Weltkriege weitgehend, wenn auch nicht allwissend diagnostiziert haben. Friedrich Meinecke hat schon in seiner Auseinandersetzung mit Kriegsausgang und Revolution von 1918 drei Hauptursachen des Zusammenbruchs festgestellt: den „harten, starren Rest von Obrigkeitsstaat“ in der zusammengebrochenen Monarchie; die vor allem in Ludendorff abschließend verdichtete „Ausartung des preußischen Militarismus“.

mus“ und die „Verengerung und Vergrößerung des nationalen Denkens zum nationalistischen Denken“. Diese Formulierungen besitzen einen Gehalt, der auch von der Gegenwart akzeptiert, wenn auch um wesentliche neue Seiten erweitert ist. Aber sie besitzt doch den Wert einer Warnung vor Vereinfachungen, die die Vergangenheit mit starker Selbstgerechtigkeit nur aufgrund ihrer Schwächen und ihres heute erkennbaren Versagens zu verurteilen geneigt sind.